



Das muss drin sein!

> **Gegen prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse**

Deutschland 2015: Jobwunder, die Steuern sprudeln, die Wirtschaft boomt, es geht uns doch gut! Wenn auch Sie bei diesen Aussagen ins Grübeln geraten, sind Sie nicht die Einzigen.

Am 1. Mai startete deshalb die bundesweite Kampagne der LINKEN gegen prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse unter dem Motto „Das muss drin sein.“

Auch immer mehr Berliner*innen leben in solchen prekären Verhältnissen. Steigende Mieten und Energiekosten führen dazu, dass Menschen ihre Wohnung aufgeben müssen. Prekäre Arbeit, wie Leiharbeit oder unfreiwillige Teilzeitarbeit, sind auf dem Vormarsch.

Und trotz des viel beschworenen Jobwunders ist die Erwerbslosigkeit nach wie vor hoch und schnell droht der soziale Abstieg. Besonders allein-

erziehende Frauen finden trotz guter Qualifikation oftmals keine Arbeit. Sie und ihre Kinder sind von Armut bedroht.

Viele junge Menschen haben nicht einmal die Chance auf eine Ausbildung. Befristete Beschäftigungsverhältnisse und schlechte Bezahlung führen dazu, dass vielen jungen Menschen der Einstieg in ein selbständiges Leben verwehrt bleibt.

Trotz Mindestlohn können nicht alle von ihrer Arbeit leben und so wundert es nicht, dass auch die Altersarmut ansteigt. In Bildung, Pflege und Gesundheit fehlt es an Personal, der Druck auf die Beschäftigten ist groß und die Versorgung wird brüchig.

Dies alles verstärkt die Unsicherheit im Leben und viele erleben dies als Bedrohung ihrer Zukunft. Wir wollen,

Schwerpunkthema

- > **Endlich: Zweiter Zugang am S Prenzlauer Allee**
... weiter auf Seite 3
- > **Mehr Mut: Spielstraße am Humannplatz**
... weiter auf Seite 5
- > **BIM übernimmt Bezirksamtsgelände**
... weiter auf Seite 5
- > **Mietenvolksentscheid**
... weiter auf Seite 6

dass eine planbare Zukunft und soziale Absicherung endlich für alle selbstverständlich werden.



Das muss auch in Berlin drin sein.

Elke Breitenbach
Mitglied des Abgeordnetenhauses

> **Ein Spielplatz für alle!**

In Weißensee wurde ein privater Spielplatz in der Nähe einer Unterkunft für Menschen in Fluchtsituationen mit der Begründung gesperrt, er werde „übernutzt“. Die BVV Pankow hat gegen die Stimmen der CDU beschlossen, dass diese Sperrung aufzuheben ist. Mit der in Pankow gelebten Willkommenskultur gegenüber zuwandernden Menschen ist eine solch diskriminierende Maßnahme unvereinbar.

> **Pankower Register bekannter machen**

Mit einem gemeinsamen Antrag fordern die Fraktionen der Linken, Bündnis 90/ Die Grünen und der Piraten, dass mittels Plakaten in den öffentlichen Gebäuden des Bezirksamts auf das „Pankower Register“ hingewiesen wird. Seit 2005 können rechtsextremistische Vorfälle bei der Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Vielfalt „[moskito]“ gemeldet werden. Diese Datensammlung geht über die von der Polizei dokumentierten Fälle hinaus und ist eine wichtige Informationsquelle, nicht nur für die Kommunalpolitik. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der CDU beschlossen.

> **Stärkung von Kultur und Weiterbildung**

Einstimmig beschlossen wurden auch Anträge, die auf die Initiative der Linksfraktion zurückgehen und in den Fachauschüssen beraten wurden. Dazu gehört die Forderung nach mehr Personal für die Stadtbibliothek und die Einführung von E-Learning-Angeboten an der Volkshochschule Pankow. Ein gemeinsamer Antrag von SPD, Linksfraktion und CDU spricht sich für die dauerhafte gesetzliche Verankerung bezirklicher Archive in der Novelle des Landesarchivgesetzes aus.

Einladung BVV-Sitzung

am **10. Juni 2015**

> **32. Tagung der BVV Pankow**

17:30 Uhr, wie immer im BVV Saal in der Fröbelstraße 17

25 Jahre BVV

> **Aus der 31. Tagung der BVV**

Vor Beginn der 31. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow fand eine Feierstunde anlässlich des 25. Jahrestages der ersten freien Kommunalwahlen in der DDR statt. In einer Gesprächsrunde, die von der Trägerin der Pankower Bezirksmedaille 2015, Renate Stark, moderiert wurde, kamen Menschen zu Wort, die damals in den drei Alt-Bezirken eine wichtige Rolle spielten: SPD-Mitglied Christa Müller, ehemalige Stadträtin in Weißensee, Hans-Dieter Winkler, der als Pfarrer im Prenzlauer Berg den Runden Tisch organisierte und Nils Busch-Petersen, 1990 Bürgermeister von Pankow. Sie berichteten von ihren persönlichen Erlebnissen in einer bewegten Zeit, den Anfängen einer demokratischen Kommunalpolitik in der ehemaligen DDR.

Eingedenk der damaligen Begeisterung für die Demokratie und angesichts der heute so geringen Wahlbeteiligung forderte Hans-Dieter Winkler alle heutigen Pankowerinnen und Pankower auf, ihre Möglichkeiten wahrzunehmen: „Wach sein!“. Nils Busch-Petersens Wunsch an die heutigen Kommunalpolitiker lautete: „Nie aufhören, Gegebenheiten und Strukturen zu hinterfragen!“

Mit dem Bericht des Bezirksamtes kehrte die BVV wieder in die Gegenwart zurück: Die Budgetzuweisung an die Bezirke fällt offenbar doch nicht so positiv aus, wie angesichts der steigenden Steuereinnahmen im Land Berlin zu erhoffen war.

Bis zum September wird die BVV den Entwurf des Bezirkshaushaltes beraten. Wegen der erhöhten Einnahmenvorgabe für die Parkraumbewirtschaftung muss der Bezirk dabei eine Deckungslücke von etwa 2,9 Mio. Euro ausgleichen. Bezirksbürgermeister Köhne (SPD) kündigte an, dass er sich



BVV Gebäude in der Fröbelstraße

deshalb beim Senat für eine verlängerte Umsetzungsfrist des Pankower Konsolidierungskonzeptes einsetzen wird.

Nach jahrelangen Verhandlungen und Planungen des Bezirkes mit dem Senat beschloss die BVV, das Verwaltungsareal Fröbelstraße zur Sanierung und Verwaltung an das Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB) zu übergeben. Mit dem Beschluss sind Auflagen verbunden, die sicherstellen sollen, dass das Ziel der Barrierefreiheit umgesetzt wird, eine leistungsfähige IT-Infrastruktur geschaffen wird, und energetische Standards bei der Gebäudesanierung beachtet werden.



Matthias Zarbock
Bezirksverordneter

DIE LINKE. Bezirksverband Pankow

Fennstraße 2, 13347 Berlin
(S Wedding / U Reinickendorfer Str.)

Tel.: 030 440 17 780

Fax: 030 440 17 781

bezirk@die-linke-pankow.de

Linksfraktion in der BVV Pankow

Bezirksamt

Fröbelstr. 17, Haus 7, Raum 109

Tel: 030 42 02 08 73

Fax: 030 42 02 08 74

kontakt@linksfraktion-pankow.de

Endlich!

> Zweiter Aufgang am S-Bhf Prenzlauer Allee

In Abwandlung einer alten Volksweisheit gilt: Wer mit der Deutschen Bahn verhandeln will, braucht einen langen Löffel. So gibt es derzeit nicht einmal vage Aussichten auf einen direkten Zugang zum S-Bahnhof Greifswalder Straße von der Straßenbahnhaltestelle aus, von Fahrradparkhäusern unmittelbar an Bahnhöfen ganz zu schweigen.

Immerhin eine Idee, von der ich 1984 erstmals hörte – wahrscheinlich ist sie viel älter – wird nun, nach nur 31, 32 Jahren, umgesetzt: Der S-Bahnhof Prenzlauer Allee bekommt einen zweiten, rückwärtigen Zugang.

Im letzten Anlauf, den es dazu gegeben hat, musste zunächst die naheliegende Vorstellung, einen direkten Aufgang zur Brücke über die Dunckerstraße zu schaffen, aufgegeben werden. Die räumliche Enge im S-Bahn-Graben und die Betriebsanforderungen der Fernbahn lassen das leider nicht zu. Statt dessen wird nun zwischen zwei Grundstücken in der Kanzow- und der Ahlbecker Straße, die sich im Besitz der öffentlichen Hand befinden, eine neue Fußgängerbrücke errichtet werden, von der aus der Zugang zum S-Bahnhof erfolgt. Die Brückenkonstruktion wird nach bisherigen Planungen von der Ahlbecker Straße aus über den Graben geschoben werden.

Quasi auf der Zielgeraden versuchten als letztes Eigentümer von Eigentumswohnungen, die in ihrer allgemeinen Form in der Vergangenheit auch an anderen Stellen des Bezirkes durch besonders antisoziales Gebaren aufgefallen sind (man erinnere sich nur an den "Hirschhof"), die Planungen zu stoppen. Aufgrund der Zuwege auf den öffentlichen



S-Bahnhof Prenzlauer Allee

Grundstücken, die zu der neuen Brücke führen werden, plötzlich zu Anliegern einer öffentlichen Verkehrsfläche geworden, fühlten sich diese Herrschaften in der Nutzung ihrer privaten Immobilie eingeschränkt. Die Argumentation drang bei Gericht – bisher jedenfalls – nicht durch.

Für den S-Bahnhof Prenzlauer Allee, wie der an der Greifswalder Straße ursprünglich errichtet, um die Belegschaft des alten Gaswerkes an- und abzutransportieren, bedeutet diese seit langem notwendige Ergänzung, sich endlich in den Kiez hinein zu öffnen. Mindestens die Schülerinnen und Schüler der Gymnasien an der Dunckerstraße werden einen schnellen Nutzen daraus ziehen. Die Attraktivität des Öffentlichen Nahverkehrs wird aber auch allgemein erhöht – reden wir jetzt mal nicht davon, dass die S-Bahn natürlich auch fahren müsste, auf dem Ring mindestens alle zwei Minuten.



Dass es so lange gedauert hat, ist jedoch eigentlich ein Trauerspiel für sich.

Wolfram Kempe
Bezirksverordneter

Musikschule Pankow

> Instrumente in miserabilem Zustand

Die Musikschule Pankow könnte ihre Attraktivität deutlich verbessern, wenn sie flächendeckend mit gut gepflegten, neuen und altersgerechten Instrumenten arbeiten könn-



te – zu diesem Ergebnis kommt das Bezirksamt Pankow bei der Beantwortung einer Kleinen Anfrage. Ein über Jahrzehnte mangelhafter Musikschuletat hat dazu geführt, dass zahlreiche Instrumente nicht ausreichend gepflegt bzw. repariert werden konnten. Dieser Reparaturstau kann nur durch eine Mittelserhöhung aufgelöst werden – wie auch die unabdingbare Anschaffung neuer Instrumente für Verleih und Unterricht. Schon jetzt können nicht alle, die das wollen, Musikunterricht nehmen. Einer der Gründe ist, dass die nötigen Instrumente fehlen.

Besonders die dem Wachstum der Kinder und Jugendlichen angepassten Instrumente fehlen, vor allem in den Preislagen, die sich nicht alle Eltern leisten können. Wenn man aber will, dass Kinder und Jugendliche ihren Talenten und Neigungen und nicht dem Geldbeutel ihrer Familien gemäß das Spiel eines Instruments erlernen können, ist bei der Haushaltsplanung nun die Frage zu beantworten, ob dem Bezirk „die musische (Aus-)Bildung der Kinder so viel wert ist“ (Prenzlberger Stimme).

Eine Überraschung war die Antwort des Bezirksstadtrates Kühne (CDU) auf meine Anfrage dennoch: Die Pankower Musikschule genießt seit Jahren einen hervorragenden Ruf und ihre Schüler erringen bei den nationalen Musikwettbewerben immer wieder Auszeichnung um Auszeichnung – eine Leistung, die Pankow nicht nur stolz macht sondern jetzt in einem anderen Licht steht, denn das gelingt trotz des miserablen Zustands der Instrumente!

Matthias Zarbock
Bezirksverordneter

Hilfe zur Selbsthilfe

> Spenden für Notmaßnahmen

Ein gewaltiges Erdbeben hat vor wenigen Wochen das Himalaja-Königreich Nepal erschüttert, über 8.000 Todesopfer sind bereits zu beklagen und noch längst sind nicht alle vermissten Opfer geborgen. Der Verein Help e.V. mit Sitz in Bonn hat umgehend sein Nothilfeteam mobilisiert und erfahrene Katastrophenhelfer in die Hauptstadt Kathmandu geschickt. Nicht nur dort



Viele Nepalesen stehen vor den Trümmern ihrer Häuser.
Foto: Aktion Deutschland Hilft/Schamberger

leistet Help Hilfe, die Organisation ist auch in Afghanistan, Nordirak, Haiti, Syrien und etlichen anderen Staaten aktiv. Vor allem langfristige Projekte, subsumiert unter dem Motto Hilfe zur Selbsthilfe, stehen im Mittelpunkt der Bemühungen.

Gegründet wurde Help im Juli 1981 von Abgeordneten aller damals im Bundestag vertretenen Parteien sowie von Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kirche zur Unterstützung afghanischer Flüchtlinge in Pakistan. Mittlerweile hat sich Help zu einer weltweit operierenden humanitären Hilfsorganisation entwickelt. Seit 2012 bin ich Mitglied des Vereins, seit 2013 bin ich auch im Vorstand aktiv. Help hat langjährige Erfahrung in Katastropheneinsätzen erworben, insbesondere nach großen Erdbeben wie in Pakistan 2005 und Haiti 2010.

Trotz staatlicher Unterstützung ist Help zur schnellen Umsetzung von Nothilfemaßnahmen dringend auch auf Spenden angewiesen. Genau wie die Hilfsorganisation „Solidaritätsdienst international e.V.“, kurz Sodi, die jetzt ihr 25-jähriges Jubiläum feiert und in der ich ebenfalls schon seit etlichen Jahren Mitglied bin, ist Teil des übergreifenden Zusammenschlusses renommierter deutscher

Wahlkreisbüro Stefan Liebich

Breite Straße 11 A
13187 Berlin-Pankow
(gegenüber der Alten Pfarrkirche)
Ansprechpartnerin: Gabi Kuttner
stefan.liebich.ma04@bundestag.de
Tel.: 030.499 87 408



Hilfsorganisationen „Aktion Deutschland Hilft“.

Stefan Liebich

Mitglied des Bundestages

Spendenkonto Help e.V.

Stichwort „Erdbeben Nepal“
Spendenkonto 2 4000 3000
Commerzbank Köln, BLZ 370 800 40

Spendenkonto SODI:

Stichwort „Erdbeben Nepal“
Spendenkonto 10 20 100,
Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ 100 205 00

Infos aus der BVV

> Pankow ehrt Jürgen Kuczynski

Nachdem zu Jahresbeginn die letzte Hürde zur Benennung der Grünanlage am Kreuzpfuhl nach dem bedeutenden Wirtschaftswissenschaftler, Politiker und Publizisten Jürgen Kuczynski genommen wurde, hat das Bezirksamt zur Anfertigung von Gedenktafel und Reliefforträt ein Spendenkonto eingerichtet:

Bezirksamt Pankow von Berlin,

Kreditinstitut: Berliner Bank,
IBAN: DE 24 1007 0848 0513 1564 00,
BIC: DEUTDEDB110,

Codierung: 3630-28290-000,
Verwendungszweck: Jürgen Kuczynski.

> Jobcenter gegen Transparenz

Seit langem kämpfen viele – wie auch die Linksfraktion – für mehr Transparenz und Bürgernähe im Handeln des Jobcenters. Eine der Forderungen, die von der BVV beschlossen wurde, ist die Veröffentlichung von Telefonnummern der MitarbeiterInnen. Ein Schlussbericht der Bezirksstadträtin Zürn-Kasztantowicz (SPD) konstatiert, dass sich das Jobcenter – trotz aktueller Gerichtsentscheidungen – stur stellt. Diese Behörde will sich nicht demokratisch kontrollieren lassen, sie behandelt ihre Kundschaft als Gegner.

> Gegen Sexismus und Diskriminierung in der Werbung

Nur wenige Drucksachen wurden zur Beratung im Plenum der BVV am 6. Mai aufgerufen. Auf Initiative der Linksfraktion beschloss die BVV gegen die Stimmen der CDU, dass sexistische und diskriminierende Werbung auf bezirklichen Flächen zukünftig zu unterbleiben hat. Entlarvend war der Versuch der CDU, den Antrag zur Beratung in den Ausschuss für Wirtschaft und Gleichstellung zu überweisen. Sie war der Meinung, es handele sich dabei doch nur um Fragen des guten Geschmacks. Als gäbe es eine geschmackvolle Form der Diskriminierung!

Mehr Mut!

> Temporäre Spielstraße am Humannplatz

Dass sich die Anforderungen an den öffentlichen Raum, die die Bewohner einer Stadt an ihn stellen, ändert, soll in den letzten zweitausend Jahren ja schon vorgekommen sein. Bis zu den zuständigen Stellen der Berliner Verwaltung herumgesprochen hat sich das aber anscheinend noch nicht.

Unter dem griffigen, sachlich aber verschwommenen Schlagwort von "Temporären Spielstraßen" versuchen seit einigen Jahren Initiativen aus der Einwohnerschaft, den Straßenraum für spielende Kinder zurückzugewinnen. Unterstützt werden sie dabei vom hiesigen Jugendamt. Ziel ist es, an einem Tag der Woche ein bestimmtes Stück Wohnstraße für jeglichen Verkehr zu sperren, das schließt das Parken mit ein. Da das gerade in hochverdichteten Wohngebieten mit den vielfältigen anderen Anforderungen an öffentliches Straßenland nur schwer umzusetzen ist, liegt auf der Hand. Erfahrungen aus anderen Städten sind nur sehr begrenzt über-

tragbar. Trotzdem lassen sich auch im Prenzlauer Berg Straßenstücke finden, die ohnehin schon nur gering von Verkehr belastet sind und eine untergeordnete Funktion im Straßennetz haben. Ein solches Stück ist die Gudvanger Straße unmittelbar am Humannplatz. Anwohner und Anlieger waren dafür. Nach einem entsprechenden Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) hatte die Untere Straßenverkehrsbehörde des Bezirkes den Auftrag, die Umsetzung rechtlich zu ermöglichen. Das hätte einen kreativen Umgang mit der Straßenverkehrsordnung, vor allem mit der allgemein unbekannteren Durchführungsverordnung erfordert. Wie erwartet war das denn doch zuviel verlangt von der Behörde. Um keinen Präzedenzfall für Berlin zu schaffen, wurde flugs die "stadtweite Bedeutung" erklärt, was die zu erwartenden ablehnenden Stellungnahmen von Senatsverwaltung und Polizei einbrachte. Die Polizei sah gar die Verkehrserziehung der Kinder in Frage



Humboldt-Schule in der Gudvanger Str. am Humannplatz

gestellt. Andererseits wollte man aber auch nicht als Spielverderber dastehen: Die "Temporäre Spielstraße" wird zu einer "Veranstaltung" erklärt, die regelmäßig durchgeführt wird, analog zu Wochenmärkten. "Veranstalter" ist das Jugendamt, so dass dem Veranstalter Kosten erlassen werden können; die Haftung liegt aber weiter bei ihm. Vorderhand sind damit alle zufrieden: die bürgerschaftliche Initiative, das Jugendamt, aber auch die BVV. Dass es nur ein fauler Kompromiss ist, wird verdrängt. Denn die Chance zu einer wirklichen Weiterentwicklung des Straßenverkehrsrechtes wurde nicht genutzt. Immer noch gilt: Da könnte ja jeder kommen.



Wolfram Kempe
Bezirksverordneter

In aller Stille

> BIM übernimmt Bezirksamtsgelände

Nach Jahren vollmundiger Versprechen endete ein rot-grüner Traum in der Wirklichkeit des kommunalen Haushalts. Vollmundig hatten SPD und Grüne zu Beginn der Wahlperiode die Konsolidierung des Bezirkshaushalts versprochen, wenn nur die Immobilie Fröbelstraße dem Markt überlassen würde und sich Pankow stattdessen ein neues Rathaus zur Miete suchte. Zugleich sollte Pankow damit von den erheblichen Kosten für die dringend notwendige Sanierung der denkmalgeschützten Gebäude entlastet werden.

Der so lautende Auftrag wurde mit rot-grünen Stimmen in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) durchgedrückt. Die Rechnung, statt

der Nutzung des vorhandenen landeseigenen Objekts eine Immobilie aus der privaten Wirtschaft zu marktüblichen Preisen anzumieten, vermochten schon nicht alle Parteien in der Pankower BVV nachzuvollziehen. Schließlich erfuhr diese Rechnung auch eine schroffe Ablehnung seitens der Senatsverwaltung für Finanzen, die sehr wohl erkannte und dem Bezirk nachwies, dass ein solches Vorhaben Mehrkosten von mindestens zwei Millionen Euro pro Jahr für das Land Berlin bedeutete. Auf diesem Wege ließe sich kein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung erbringen.

So zerplatzten nicht nur die Träume von der Anmietung eines modernen Bürohauses, sondern auch die von

der baulichen Verwertung der alten Backstein-Häuser an der Fröbelstraße. Natürlich hätten die Grünen hier nur „preiswerten Wohnraum“ entstehen lassen wollen, so „preiswert“, wie er derzeit an vielen Stellen im Bezirk entsteht. Ein schöner Traum.

In der Realität angekommen, entschieden nun die Bezirksverordneten in nichtöffentlicher Sitzung, die Privatisierungsbestrebungen zu beenden. Die Liegenschaft bleibt im Eigentum des Landes Berlin. Und es bleibt ein Bürodienstgebäude der Bezirksverwaltung. Allerdings künftig verwaltet von der Landeseigenen Immobilienmanagement GmbH (BIM), die auch die Kosten der Sanierung tragen wird.



Michael van der Meer
Bezirksverordneter

Berliner Mietenvolksentscheid

> LINKE Berlin unterstützt Mietenvolksbegehren

Wohnen ist ein Grundrecht und Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. In Berlin herrscht jedoch Wohnungsnot, weil die Mieten bei privaten Vermietern, aber auch bei den städtischen Wohnungsbau-gesellschaften für Haushalte mit geringem Einkommen unbezahlbar geworden



„Keine Umwandlung in Eigentumswohnungen“ – Demo 21. Juli 2014

sind. Mieterinnen und Mieter müssen einen immer größeren Anteil des Haushaltseinkommens für die Miete aufbringen. Das Wohnungsbauprogramm des Senats löst das Problem nicht. Im Neubau werden immer mehr Wohnungen mit hohem Ausstattungsstandard und auch Eigentumswohnungen errichtet. Altbauwohnungen werden luxussaniert und danach erheblich teurer. So geht bezahlbarer Wohnraum verloren. Kein Wunder

also, wenn das Thema „Mieten“ und „bezahlbares Wohnen“ ein zentrales Thema in der Stadt ist.

Vor diesem Hintergrund wurde das Mietenvolksbegehren gestartet. Ziel des Volksbegehrens ist ein Volksentscheid über ein Gesetz für bezahlbare Mieten. Damit setzt die Initiative den Senat unter Handlungsdruck. Der Senat droht unterdessen mit Folgen für den Landeshaushalt, sollte der Volksentscheid erfolgreich sein. Statt einer ernsthaften Auseinandersetzung werden Kosten in Milliardenhöhe und Horrorszenerarien für andere öffentliche Ausgaben angedroht. Diese Behauptungen werden allerdings nicht unterlegt und transparent gemacht.

DIE LINKE. Berlin unterstützt das Anliegen und beteiligt sich engagiert am Gelingen des Volksbegehrens, auch wenn einige Punkte des Volksbegehrens nicht geteilt werden. Darüber sind wir mit den Initiatoren des Volksentscheides im Gespräch. Wichtig ist jedoch das Ziel: Insbesondere für Haushalte mit geringem Einkommen müssen ausreichend bezahlbare Wohnungen bereitgestellt werden.

Flüchtlinge willkommen in Buch

Im Mai besuchten Stefan Liebich, Bundestagsabgeordneter, und ich die von der AWO betriebene Flüchtlingsunterkunft in Buch. Die Bauarbeiten in der Containerunterkunft sind noch nicht abgeschlossen, aber es leben schon Flüchtlinge dort. Auch etwa 100 Kinder sind unter ihnen. Erfreulich ist, dass sie alle einen Schulplatz erhalten. Das ist leider nicht überall so.

Frau Willuhn, die Leiterin der Einrichtung, freut sich in erster Linie über die Arbeit des Unterstützerkreises „Buch hilft“. Er wurde durch das Bür-

gerhaus ins Leben gerufen und hilft den Flüchtlingen, hier Fuß zu fassen. So begrüßt „Buch hilft“ die neuankommenden Flüchtlinge mit Essen und Getränken. Diese Solidarität des Unterstützerkreises hilft den Flüchtlingen und unterstützt die Mitarbeiter*innen der AWO. Sie sind noch immer mit der Einrichtung der Gebäude beschäftigt und müssen gleichzeitig die Unterbringung der ankommenden Menschen organisieren. An vielen Stellen fehlt Geld. Für die Gemeinschaftsräume werden dringend Möbel gesucht, eben-

Berlinxx.net

Greifswalder Straße 220
10405 Berlin
030/547 13 44 8
030/547 13 44 9
buero@berlinxx.net



Offenes Bürgerbüro von
Carola Bluhm, Uwe Doering
und **Klaus Lederer**

Zur Einleitung des Volksbegehrens werden zunächst 20.000 Unterschriften benötigt. Im zweiten Schritt wird im Herbst der Senat eine Zulässigkeitsprüfung vornehmen und das Abgeordnetenhaus über das Volksbegehren beraten. Im dritten Schritt müssen im 1. Halbjahr 2016 zur Einleitung des Volksentscheids 175.000 Unterschriften gesammelt werden. Der Volksentscheid selbst soll gleichzeitig mit den Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Herbst 2016 erfolgen.



Uwe Doering
Mitglied des
Abgeordnetenhauses



so Tische und Stühle für die Küchen. Auch hier ist die Solidarität und Hilfe der Zivilgesellschaft gefragt, der Senat stellt dafür keine Mittel zu Verfügung. Spender können sich in meinem Bürgerbüro melden.

Elke Breitenbach
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Ausgezeichneter Ausbilder

➤ Bundesverdienstkreuz für einen Pankower

Lange hielten seine Kolleginnen und Kollegen die „Sache“ geheim, doch als Ende April Arbeitssenatorin Dilek Kolat dem ABB Training Center in Wilhelmsruh ihre Aufwartung machte, war auch dessen Chef klar, dass er der Anlass für den Besuch war.

Im vergangenen Jahr hatte ich den langjährigen Leiter des Centers Bernhard Antmann dem Regierenden Bürgermeister für eine Auszeichnung mit dem Bundesverdienstkreuz vorgeschlagen. Ich hatte dafür gute Gründe. Seit 2006 leitet Bernhard Antmann eines der erfolgreichsten Ausbildungszentren für Metall- und Elektroberufe in Berlin. Erst kürzlich konnte ich mich bei einem Besuch

von der erfolgreichen Umsetzung des Projekts „girls a tec“ überzeugen, in dessen Rahmen Mädchen und junge Frauen für technische Berufe begeistert werden. Ganz besonders wollte ich aber auch sein Engagement Ende der 1990er Jahre gewürdigt wissen, als er als Mitglied des Betriebsrats wesentlich am Erhalt vieler Arbeitsplätze von ABB beteiligt war.

Vor diesem Hintergrund bereitet es mir eine große Freude, dass Berlins Regierender meinen Vorschlag aufgegriffen hat. Besonders erfreulich empfand ich die Unterstützung, welche die IHK, der Verband der Metall- und Elektroindustrie und die IG Metall leisteten. Mit seiner Arbeit als



Bernhard Antmann mit Verdienstkreuz
Foto: Frau Sarah Bindokat/k.o.s GmbH

ehrlicher und zupackender Ausbilder eröffnet er vielen jungen Menschen Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben.

Stefan Liebich

Mitglied des Bundestages

★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★

1. Juni • 18.30 Uhr Diskussion „Für eine echte Mietpreiskontrolle und bezahlbares Wohnen“, - Diskussion mit Halina Wawzyniak (MdB) und Katrin Lompscher (MdA) im Bürgerbüro Breitenbach-Möller-Wolf, unterstützt von Helle Panke e.V.

2. Juni • 13 Uhr Sprechstunde mit Katrin Möller (MdA), im Bürgerbüro Breitenbach-Möller-Wolf

4. Juni • 19 Uhr Vortrag/Diskussion „1945. Bundesrepublik und DDR im Lichte der Befreiungsperspektive“, Referent: Prof. Dr. Rolf Badstübner, Helle Panke, Kopenhagener Straße 9 (Nähe S und U Schönhauser Allee)

6./7. Juni • 12 Uhr Buchholzer Festtage, mit Infostand der LINKEN, Buchholz Kirche

8. Juni • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

11. Juni • 19 Uhr Diskussion „Reformen und Reformer im Kommunismus? - Kein Widerspruch, sondern eine komplizierte Geschichte“, Helle Panke, Kopenhagener Straße 9 (Nähe S und U Schönhauser Allee)

13. Juni • 13 Uhr Fete bei Käthe – Kinderfest der LINKEN Pankow, auf dem Kollwitzplatz

15. Juni • 16 Uhr Sprechstunde mit Elke Breitenbach (MdA), im Bürgerbüro Breitenbach-Möller-Wolf

• 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

16. Juni • 10 Uhr Seniorenclub im Karl-Liebknecht-Haus „25 Jahre Einigungsvertrag - Die Auswirkungen der Vereinigung auf die Wirtschaft der DDR“, Referent: Prof. Dr. Jörg Roesler, Kleine Alexanderstraße 28 (Nähe U Rosa-Luxemburg-Platz), unterstützt von Helle Panke e.V.

18. Juni • 14.30 Uhr Sprechstunde mit Elke Breitenbach (MdA) im Amtshaus Buchholz, Berliner Straße 24

• 19 Uhr „Das politische Wohnzimmer“ - Offener politischer Stammtisch für Neue, Ungebundene- und alle anderen im Bürgerbüro Breitenbach-Möller-Wolf

29. Juni • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

30. Juni • 10 Uhr Seniorenclub im Karl-Liebknecht-Haus „Ernst Busch und Erich Kästner - Spurensuche einer Freundschaft“, Kleine Alexanderstraße 28 (Nähe U Rosa-Luxemburg-Platz), unterstützt von Helle Panke e.V.

6. Juli • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

B Ü R G E R B Ü R O

**Elke Breitenbach –
Katrin Möller – Udo Wolf**

Erich-Weinert-Str. 6, 10439 Berlin
Telefon (030) 22 49 45 77





Stammtisch

> 70 Jahre danach

Der Stammtisch war ganz anders.

Erstmalig haben die erwachsenen Enkel den Wunsch geäußert, sich mit mir über diese weltweite Welle von Veranstaltungen aus Anlass des Endes des Zweiten Weltkrieges zu unterhalten. „Wir haben nicht alles aus dem Geschichtsunterricht vergessen. Aber was jetzt an Verwirrungen über die Medien ging, hat mehr Unterschiedliches zutage gefördert, als man es glauben kann. Können wir uns unterhalten?“

Diese Anfrage hatte ich nicht erwartet. Der Stammtisch schien mir der geeignete Ort zu sein. Es wurde eine lange polemische Diskussion beim „Eisernen Gustav“. Getrunken wurde Cola und Kirschlikör in sehr geringen Maßen.

Marcus, der Älteste begann: „Ist das nicht in diesem Umfang unangemessen? Es geht ja über die Hutschnur“. Meine konsequente Antwort: „Nein,

unsere Zeit ist voller Dramatik. Der heiße und kalte Krieg ist all gegenwärtig. Flüchtlingsbewegungen haben Dimensionen angenommen, die erschrecken. Warnungen „Nie wieder Krieg“ sind dringend nötig“.

Maika: „Glaubst Du an eine Wirkung bei den Massen?“ Opa: „Ja, es herrscht Angst, weil aufgerüstet und paradiert wird.“ Marian: „Und dennoch, das Große und Schreckliche des Zweiten Weltkrieges geht doch vielen Menschen am Arsch vorbei“. Maika: „Ich habe im Geschichtsunterricht gerne zugehört. Aber Deine Versuche als Zeitzeuge aus Deinem Erleben uns zu überzeugen, fanden selten mein Gehör. Dabei war ich immer aufgeschlossen. Die ideologischen Schlussfolgerungen deckten sich selten mit den grausamen Realitäten. Die Lehrbücher waren vor allem Auseinandersetzungen mit Russland als dem Gegenwartsfeind Nr. 1.“ Das ist nur ein kleiner Ausschnitt. Ein

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow
Fennstraße 2, 13347 Berlin
Fon 44 01 77 80 / Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Katina Schubert

Redaktionsschluß: 13. Mai 2015
Satz+Druck: Bunter Hund, Berlin
Auflage: 4.000

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 31. August 2015.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.

Fotos: Michael van der Meer, Katina Schubert, Stefan Liebich, Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, DIE LINKE, Matthias Zarbock, Michail Nelken, Sandra Brunner

Die **extraDrei** braucht Spenden!
Empfänger: DIE LINKE Berlin
Konto-Nr.: 43 84 81 68 00
BLZ: 100 200 00
Verwendungszweck: 810-505

Mittagessen mit Spargel und Schnitzel beendete einen interessanten Vormittag.
Klaus Flemming

SUDOKU

mittel

Vitamine für's Gehirn

schwer

				4	6	8	
	1			9	6	5	
		9		8		1	
7				8	5		1
	6		3	2			
				7			
	3		5	4			6
		5			2	4	
4						7	

9				3		6	7
		5		1			
	8						
	7					2	9
4				2			
		3	4		7		
	5		3		2	4	1
				8			5
9							8

Jedes SUDOKU-Spielfeld besteht aus neun Quadraten, die jeweils in neun Felder eingeteilt sind. Insgesamt also 81 Kästchen, in die die Ziffern von eins bis neun einzutragen sind. In jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem Quadrat, einschließlich der vorgegebenen Zahlen, dürfen die Zahlen 1 bis 9 nur einmal vorkommen.